

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 37 | 13.09.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

Neuerscheinung

Julia Kreuzhuber

Möglichkeiten und Grenzen wohnsitzbezogener Ungleichbehandlung – Die Bevorzugung von Einheimischen im Lichte der Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die vorliegende Monographie setzt sich kritisch mit der Praxis der Mitgliedstaaten, Einheimische zu bevorzugen, auseinander und bietet eine umfassende Analyse des unionsrechtlichen Rahmens zur wohnsitzbezogenen Ungleichbehandlung. Sie zeigt die Grenzen des Unionsrechts auf und beleuchtet die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten sowie die daraus resultierenden Spannungsverhältnisse. Die eingehende Untersuchung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verdeutlicht, dass dieser den Schutzbereich der wohnsitzbezogenen Diskriminierungsverbote weit auslegt und eine Rechtfertigung nur in engen Grenzen anerkennt. Die Autorin präsentiert Wege, wie eine unionsrechtskonforme Bevorzugung von Einheimischen gestaltet werden kann. Durch eine umfassende Untersuchung und die Entwicklung einer Prüfformel bietet sie wertvolle Einblicke in die vielfältigen rechtlichen Herausforderungen und zeigt, wie Mitgliedstaaten ihre Interessen wahren können, ohne gegen das Unionsrecht zu verstoßen.

ISBN 978-3-902883-51-3, 1. Auflage, 152 Seiten, gebunden, Stand 1.4.2024, 50 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 243/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Depo-**
nierverordnung 2008 geändert wird

[BGBl II 244/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen und der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Änderung der Verordnung über den Absetzbetrag für begünstigte Investitionen im Rahmen der Energiekrisenbeiträge (**EKB-InvestitionsVO**)

[BGBl II 245/2024 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Voraussetzungen der Beauftragung einer bewährten geeigneten Einrichtung, Prozessbegleitung zu gewähren, und über Qualitätsstandards der Prozessbegleitung, insbesondere über die Aus- und Weiterbildung von Prozessbegleiterinnen und -begleitern (**Prozessbegleitungs-Regulierungsverordnung** – PbRegVO)

[BGBl II 246/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über Sachkundeschulungen zu antikoagulantem Rodentiziden (**Rodentizidsachkundeverordnung**)

[BGBl II 247/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Meldung einer Umgründung nach § 13 Abs 1 des Umgründungssteuergesetzes (**Umgründungsmeldeverordnung** – UmgrMVO)

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

05.10.2023, [E 16/2023](#)

AsylIG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Anwendung einer als verfassungswidrig aufgehobenen Bestimmung (§ 53 Abs 2 Z 6 FremdenpolizeiG); nachteilige Rechtsstellung des Bf kann nicht ausgeschlossen werden; keine Verletzung von Art 8 EMRK

27.11.2023, [E 2621/2022](#)

AsylIG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander betreffend die Zurückweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines afghanischen Staatsangehörigen, der aus Kabul mit dem Flugzeug nach Ungarn evakuiert wurde; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten sowie dem „Botschaftsverfahren“ und der Versorgungssituation rücküberstellter Asylwerber in Ungarn im Rahmen der Dublin III-VO

28.11.2023, [E 1106/2023](#)

AsylIG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander betreffend die Nichtzuerkennung des Asylstatus an einen syrischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Gefahr der Zwangsrekrutierung eines derzeit Minderjährigen sowie mangels schlüssiger Begründung

10.06.2024, [V 6/2023 ua](#)

StVO; Gesetzmäßigkeit einer VO betreffend die **Übertragung** der in die **Zuständigkeit** des Gemeinderats fallenden Angelegenheiten der örtlichen Straßenpolizei auf den Bürgermeister ohne Einschränkung auf einzelne Angelegenheiten

10.06.2024, [V 331/2023](#)

StVO; Aufhebung einer **GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** des Gemeinderats der Stadtgemeinde Kitzbühel mangels ordnungsgemäßer Kundmachung; signifikante **Abweichung des Aufstellungsorts** der Verkehrszeichen (36 m) vom räumlichen Geltungsbereich der VO

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.06.2024, [Ra 2021/04/0127](#)

Oö VergaberechtsschutzG; gem § 23 Abs 1 Oö VergaberechtsschutzG hat der Antragsteller, der vor dem VwG wenn auch nur teilweise obsiegt, **Anspruch auf Ersatz** der gem § 22 leg cit entrichteten **Gebühren** durch den Auftraggeber; der Antragsteller hat ferner Anspruch auf Ersatz der entrichteten Gebühren, wenn er während des anhängigen Verfahrens klaglos gestellt wird; für den Anspruch auf Ersatz der entrichteten Gebühren wegen Klaglosstellung kommt es darauf an, dass der **Nachprüfungsantrag** für die Klaglosstellung ursächlich und die Entrichtung der Pauschalgebühr zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig war

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 26.06.2024, [W203 2280294-1](#)

UniversitätsG; Anerkennung von Prüfungen und anderen Studienleistungen an postsekundären Bildungseinrichtungen; positiv beurteilte Prüfungen und andere Studienleistungen sind gem § 78 UniversitätsG grundsätzlich anzuerkennen, wenn keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) bestehen; im vorliegenden Fall ergeben sich im Rahmen der **Gleichwertigkeitsprüfung** deutliche Unterschiede zwischen Workload, Inhalten und Lernergebnissen der gegenständlichen Prüfungen und sonstigen vom Bf absolvierten Studienleistungen

BVwG 16.08.2024, [L511 2297475-1](#)

SchulpflichtG; Novelle des § 11 SchulpflichtG; Erfordernis des **Nachweises des zureichenden Erfolgs** der Teilnahme an **häuslichem Unterricht** gem § 11 Abs 4 leg cit durch eine Prüfung an einer in § 5 leg cit genannten Schule inhaltlich unverändert; im vorliegenden Fall erfolgt keine neuerliche Beurteilung durch das Gericht, da ein rechtskräftiger Anordnungsbescheid zur Erfüllung der Schulpflicht gem § 5 leg cit vorliegt

LVwG Oö 25.06.2024, [LVwG-153386](#)

Oö BauO; ein **gegenständliches Bauvorhaben** auf einem vorhandenen „**weißen Fleck**“ ist jedenfalls zulässig, wenn eine fehlende Widmung der Erteilung einer Baubewilligung gerade nicht entgegensteht

LVwG Oö 24.07.2024, [LVwG-852016](#)

GewO; das **Fehlen von Unterlagen** (hier: die beglaubigte deutsche Übersetzung der wahrscheinlich ukrainisch-sprachigen Strafregisterbescheinigung) stellt keinen iSd § 13 Abs 3 AVG **verbesserungsfähigen Mangel** dar und hat der Bf durch die Nichtbebringung einer beglaubigten Übersetzung gegen die ihm obliegende Mitwirkungspflicht verstoßen; das Nichtvorliegen von Unterlagen verhindert in weiterer Folge das Wirksamwerden der Gewerbeanmeldung, diese liegt nämlich erst ab dem Tag vor, an dem alle erforderlichen Nachweise bei der Behörde eingelangt sind

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.09.2024, Rs C-351/22, Neves 77 Solutions](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der **Handlungen der Russischen Föderation**, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – **Beschluss 2014/512/GASP** – Art 2 Abs 2 Buchst a – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Art 24 Abs 1 Unterabs 2 Satz 6 EUV – Art 275 AEUV – Art 215 AEUV – Art 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Eigentumsrecht – **Grundsätze der Rechtssicherheit** und der

Gesetzmäßigkeit der Strafen – Vermittlungsdienste im Zusammenhang mit Militärgütern – Verbot der Erbringung solcher Dienstleistungen – Unterbliebene Unterrichtung der zuständigen nationalen Behörden – Ordnungswidrigkeit – Geldbuße – Automatische Einziehung der als Gegenleistung für das verbotene Geschäft erhaltenen Beträge

[10.09.2024, Rs C-48/22 P, Google und Alphabet/ Kommission \(Google Shopping\)](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Märkte für allgemeine Suchdienste und spezialisierte Suchdienste für Produkte im Internet – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 102 AEUV und gegen Art 54 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) festgestellt wird – **Missbrauch durch Hebelwirkung** – Leistungswettbewerb oder wettbewerbswidrige Praxis – Bevorzugte Anzeige des eigenen spezialisierten Suchdiensts durch das marktbeherrschende Unternehmen – Potenzielle wettbewerbswidrige Auswirkungen – Kausalzusammenhang zwischen Missbrauch und Auswirkungen – **Beweislast** – Kontrafaktisches Szenario – **Verdrängungsfähigkeit** – Kriterium des ebenso leistungsfähigen Wettbewerbers

[10.09.2024, verb Rs C-29/22 P u C-44/22 P, KS und KD/ Conseil e a](#)

Rechtsmittel – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP – Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (Eulex Kosovo) – Schadensersatzklage – Schaden, der durch verschiedene Handlungen und Unterlassungen des Rates der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) im Rahmen der Durchführung dieser Gemeinsamen Aktion entstanden sein soll – Unzureichende Untersuchungen zur Folter, zum Verschwinden und zur Ermordung von Personen** – Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union für die Entscheidung über diese Klage – Art 24 Abs 1 Unterabs 2 letzter Satz EUV – Art 275 AEUV

[10.09.2024, Rs C-465/20 P, Kommission / Irland ua](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV** – Von einem Mitgliedstaat erteilte Steuervorbescheide (tax rulings) – **Selektive Steuervergünstigungen** – Zuweisung der durch Lizenzen des geistigen Eigentums erwirtschafteten Gewinne an die Zweigniederlassungen gebietsfremder Gesellschaften – **Fremdvergleichsgrundsatz**

[12.09.2024, Rs C-579/22 P, Anglo Austrian AAB/ EZB und Far East](#)

Rechtsmittel – **Wirtschafts- und Währungspolitik – Richtlinie 2013/36/EU – Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten – Aufsicht über Kreditinstitute – Verordnung (EU) Nr 1024/2013** – Der Europäischen Zentralbank (EZB) übertragene besondere Aufsichtsaufgaben – Entzug der Zulassung – Zuständigkeitsbereich der EZB – **Verordnung (EU) Nr 468/2014 – Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EZB und den nationalen Behörden** – Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung – Feststellungen des Gerichts der Europäischen Union zum nationalen Recht – Prüfung in Bezug auf eine mögliche Verfälschung des nationalen Rechts

[12.09.2024, verb Rs C-17/22 u C-18/22, HTB Neunte Immobilien Portfolio](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679** – Art 6 Abs 1 Unterabs 1 Buchst b, c und f – **Rechtmäßigkeit der Verarbeitung** – Erforderlichkeit der Verarbeitung für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist – Erforderlichkeit der Verarbeitung für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der Verantwortliche unterliegt – Erforderlichkeit der Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten – Als Publikumskommanditgesellschaft organisierter Investmentfonds – Anfrage eines Gesellschafters auf Erhalt der Kontaktdaten der anderen Gesellschafter, die über eine Treuhandgesellschaft mittelbar an einem Investmentfonds beteiligt sind

[12.09.2024, Rs C-557/23, SPAR Magyarország](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse – Verordnung (EU) Nr 1308/2013** – Nationale Regelung, die eine Preisbindung für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Verpflichtung vorsieht, eine bestimmte Menge dieser Erzeugnisse zum Verkauf anzubieten – Geldbußen

[12.09.2024, Rs C-429/23, NARE-BG](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Recht auf Vorsteuerabzug – Fristen für die Erklärung und Entrichtung bestimmter Steuern** – Verlängerung aufgrund der Covid-19-Pandemie –

Versagung der Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug – **Ausschlusswirkung** – **Grundsätze** der **Äquivalenz**, der **Effektivität** und der **Neutralität** der **Mehrwertsteuer**

[12.09.2024, Rs C-352/23, Changu](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asyl- und Einwanderungspolitik** – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Anwendungsbereich – Art 1, 4 und 7 – **Richtlinie 2011/95/EU** – Anwendungsbereich – Art 2 und 3 – Nationaler Schutz aus humanitären Gründen – **Richtlinie 2008/115/EG** – Art 14 – Unmöglichkeit, die Abschiebung durchzuführen – Bestätigung – Rechte des illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen im Fall des Aufschiebs der Abschiebung – **Richtlinie 2013/33/EU** – Anwendungsbereich – Im Rahmen der Aufnahme gewährte materielle Leistungen

[12.09.2024, Rs C-248/23, Novo Nordisk \(TVA – Contributions payées en vertu d'une obligation légale\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 90 Abs 1 – **Verminderung** der **Steuerbemessungsgrundlage** im Fall eines Preisnachlasses nach Bewirkung des Umsatzes – Beiträge, die ein pharmazeutisches Unternehmen an den staatlichen Krankenversicherungsträger leistet – Nationale Steuerregelung, nach der Beiträge, die ein pharmazeutisches Unternehmen aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung an den öffentlichen Krankenversicherungsträger zahlt, von der Verminderung der Steuerbemessungsgrundlage ausgeschlossen sind

[12.09.2024, Rs C-243/23, Drebers](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 187 – **Berichtigung** des **Vorsteuerabzugs** – Verlängerter Berichtigungszeitraum für Grundstücke, die als Investitionsgüter erworben wurden – Begriff ‚Investitionsgüter‘ – **Art 190** – **Befugnis** der **Mitgliedstaaten**, Dienstleistungen, die Merkmale aufweisen, die den üblicherweise Investitionsgütern zugeschriebenen vergleichbar sind, wie Investitionsgüter zu behandeln – Arbeiten zur Erweiterung und Renovierung eines Gebäudes – Im innerstaatlichen Recht vorgesehene Möglichkeit, solche Arbeiten dem Bau oder dem Erwerb eines Grundstücks gleichzustellen – Einschränkungen – **Unmittelbare Wirkung** von **Art 190** – Ermessen

[12.09.2024, Rs C-73/23, Chaudfontaine Loisirs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 135 Abs 1 Buchst i – **Steuerbefreiungen** – Wetten, Lotterien und sonstige Glücksspiele mit Geldeinsatz – Bedingungen und Beschränkungen – **Grundsatz** der **steuerlichen Neutralität** – Aufrechterhaltung der Wirkungen einer nationalen Regelung – Erstattungsanspruch – Ungerechtfertigte Bereicherung

[12.09.2024, Rs C-63/23, Sagrario](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Raum der Freiheit**, der **Sicherheit** und des **Rechts** – **Einwanderungspolitik** – **Recht auf Familienzusammenführung** – **Richtlinie 2003/86/EG** – Art 16 Abs 3 – **Verweigerung** der **Verlängerung** des **Aufenthaltstitels** des Zusammenführenden – Folgen – Verweigerung der Verlängerung des Aufenthaltstitels von Familienangehörigen – Von ihnen nicht zu vertretender Grund – Vorhandensein minderjähriger Kinder – Art 15 Abs 3 – **Voraussetzungen** für die **Gewährung** eines **eigenen Aufenthaltstitels** – Ausdruck ‚besonders schwierige Umstände‘ – Bedeutung – Art 17 – **Individualisierte Prüfung** – Anspruch auf rechtliches Gehör

[12.09.2024, Rs C-741/22, Casino de Spa ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 135 Abs 1 Buchst i – **Steuerbefreiungen** – Wetten, Lotterien und sonstige Glücksspiele mit Geldeinsatz – Bedingungen und Beschränkungen – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Aufrechterhaltung der Wirkungen einer nationalen Regelung – Erstattungsanspruch – Ungerechtfertigte Bereicherung – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – **Antrag** auf **Steuererstattung** in Form von **Schadensersatz**

[12.09.2024, Rs C-709/22, Syndyk Masy Upadłości A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 273 und 395 – **Durchführungsbeschluss (EU) 2019/310** – **Bekämpfung** von **Mehrwertsteuerbetrug** – Verfahren der Aufspaltung von Zahlungen – Mehrwertsteuerkonto eines insolventen Steuerpflichtigen – Überweisung der auf diesem Konto angesammelten Mittel auf Antrag des Insolvenzverwalters

[12.09.2024, Rs C-548/22, Presidenza del Consiglio dei ministri ua \(Rétribution des magistrats honoraires\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge** – Paragraphen 4 und 5 – Diskriminierungsverbot – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte und Berufsrichter und -staatsanwälte – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Einsatzes befristeter Arbeitsverträge – Befristete Arbeitsverträge – Verfahren zur Stabilisierung der Amtsausübung – Verzicht ex lege auf jegliche Ansprüche für den Zeitraum vor der Stabilisierung der Amtsausübung – Ersatz von Schäden, die sich aus der unterbliebenen angemessenen Umsetzung des Unionsrechts ergeben

B. SCHLUSSANTRÄGE

[12.09.2024, Rs C-424/23, DYKA Plastics \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe öffentlicher Aufträge** – **Richtlinie 2014/24/EU** – Art 42 – Technische Spezifikationen – Arten der Formulierung – Abschließende Aufzählung in Art 42 Abs 3 – Vergabeverfahren, in dem die Ausführung der Arbeiten mit Rohren aus Steinzeug oder Beton verlangt wird – Ausschluss von Rohren aus Kunststoff – Verweis auf bestimmte Typen oder bestimmte Produktionen – Begünstigung oder Ausschluss bestimmter Unternehmen oder bestimmter Waren – **Grundsätze der Gleichbehandlung** und der **Transparenz**

[12.09.2024, Rs C-337/23, APS Beta Bulgaria und Agentsia za kontrol na prosrocheni zadalzenia \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – **Missbräuchliche Klauseln** – **Richtlinie 93/13/EWG** – **Richtlinie 2008/48/EG** – Bürgschaft durch professionellen Bürgen gegen Entgelt mit Zustimmung des Kreditgebers – **Verbundene Kreditverträge** – Darlehensrückzahlung durch den Bürgen – Forderungsübergang des Kreditgebers

[12.09.2024, Rs C-247/23, Deldits \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – **Verordnung (EU) 2016/679** – Art 16 – **Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten** – Daten betreffend das Geschlecht eines Transgender-Flüchtlings – Geltungsbereich

[12.09.2024, Rs C-93/23 P, EUIPO/ Neoperl \(GA Pikamäe\)](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – **Verordnung (EG) Nr 207/2009** – Art 4 – **Markenformen** – Anmeldung einer Positions-Tastmarke, die ein zylindrisches sanitäres Einsatzteil darstellt – Art 7 – **Absolute Eintragungshindernisse** – Zurückweisung der Anmeldung – **Verordnung (EU) 2017/1001** – Art 72 Abs 3 – **Klage** – Mechanismus der vorherigen Zulassung von Rechtsmitteln – Rechtssache, mit der eine für die Einheit, die Kohärenz oder die Entwicklung des Unionsrechts bedeutsame Frage aufgeworfen wird

[12.09.2024, Rs C-573/22, Foreningen C ua \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Art 370 und Anhang X Teil A Nr 2 – Ausnahme – Anwendungsbereich – Tätigkeiten öffentlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten, die durch eine obligatorische Gebühr auf den Besitz von Radio- oder Fernsehgeräten finanziert werden

[12.09.2024, Rs C-203/22, Dun & Bradstreet Austria \(GA De la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – **Verordnung (EU) 2016/679** – Art 15 Abs 1 Buchst h – Art 22 – **Automatisierte Entscheidungsfindung** einschließlich Profiling – **Beurteilung der Bonität einer natürlichen Person** – Zugang zu aussagekräftigen Informationen über die bei einer automatisierten Entscheidungsfindung involvierte Logik – Überprüfung der Richtigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen und ihrer Übereinstimmung mit der betreffenden Rating-Entscheidung – **Schutz der Rechte und Freiheiten anderer** – **Richtlinie (EU) 2016/943** – **Geschäftsgeheimnis**

C. GERICHT

[11.09.2024, Rs T-560/22, Fachverband Eisenhüttenschlacken/ Kommission](#)

EU-Düngeprodukte – Verordnung (EU) 2019/1009 – Delegierte Verordnung (EU) 2022/973 – **Zulässiger Grenzwert für Gesamtchrom und Vanadium** in EU-Düngeprodukten, die Eisenschlacken als Nebenprodukte verwenden – **Kriterien für agronomische Wirksamkeit und Sicherheit** bei der **Verwendung** von Nebenprodukten in Düngeprodukten – **Vorsorgeprinzip** – Rechtssicherheit – **Verhältnismäßigkeit** – **Begründungspflicht**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.09.2024, Beschwerde Nr [21286/15](#) u.a., *Dianova u.a./Russland*

Verletzung von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit); **Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); **Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Beendigung des öffentlichen **Hungerstreiks** eines der Bf durch Polizei und anschließende verwaltungsrechtliche Verurteilung wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten „öffentlichen Veranstaltung“; Verhängung einer strafrechtlichen Geldstrafe, die besonderer Rechtfertigung bedarf; Eingriff nicht aufgrund dringenden sozialen Bedürfnisses und nicht „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“; verwaltungsrechtliche Verurteilung der übrigen vier Bf wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten „öffentlichen Veranstaltung“, weil sie und zwei weiteren Personen in einem abgelegenen Bereich eines Parks einen politischen **satirischen Film** drehten; Anwendung des Begriffs „Massenversammlung“ auf eine Gruppe von sechs Personen ohne Rücksicht auf Kontext und der Art der Aktivität

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina

Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.